

Gegenstand: Verpflichtung von Ratsmitgliedern

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass Herr Dr. Martin Hussong (SPD) in der letzten Ratssitzung seinen Rückzug aus dem Stadtrat erklärt hat. Nächster gewählter Wahlvorschlag der SPD ist Herr Walter Deutsch. Herr Deutsch hat sein Mandat angenommen.

Er wird vom Vorsitzenden auf die Grundsätze der Mandatsführung, die Pflicht zur Verschwiegenheit (§ 20 GemO), die besondere Treuepflicht gegenüber der Gemeinde (§ 21 GemO) und die Ausschließungsgründe bei Entscheidungen (§ 22 GemO) hingewiesen und entsprechend § 30 GemO mit Handschlag auf die Einhaltung dieser Regeln verpflichtet.

Durch den plötzlichen Tod von Herrn Dr. Jürgen Belitz (FDP) rückt Frau Käte Roos als nächste gewählte Bewerberin der FDP in den Stadtrat nach. Frau Roos hat ihr Mandat angenommen. Da sie sich aber derzeit auf einer länger geplanten Auslandsreise befindet, hat sie sich für diese Sitzung entschuldigt und wird in der nächsten Sitzung verpflichtet.

II. In Abdruck an FB 1-120 - zur Kenntnis und weiteren Veranlassung

III. z.d.A.

Speyer, den 07.10.2005
Stadtverwaltung

Werner Schineller

9. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 06.10.2005

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 2

Gegenstand: Gesundheitsamt Ludwigshafen - Nebenstelle Speyer; Erhaltung des Standortes Speyer
Vorlage: 0166/2005

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende verweist auf das einstimmige Votum, das bereits durch den Hauptausschuss gefasst wurde und die umfangreiche Presseberichterstattung zu diesem Thema. Die rechtliche Lage ist in der Vorlage umfassend dargestellt.

Herr Dr. Jung unterstreicht für die CDU-Fraktion, dass das Angebot der Stadt Speyer an den Kreis ausgesprochen fair und entgegenkommend ist. Er erinnert an die Historie zur Änderung der rechtlichen Situation der Gesundheitsämter. Damals hat sich die Stadt Speyer im Vertrauen auf einen Weiterbestand des Angebotes bewusst für eine Kooperation mit dem Kreis und gegen eine Lösung im Verbund mit der Stadt Ludwigshafen ausgesprochen. Infolge der einseitigen Änderung der Rechtslage durch den Landesgesetzgeber wird nun die Einflussnahmemöglichkeit der Städte ausgehoben. Er plädiert an den Kreis, das Angebot der Stadt anzunehmen und fordert Vertrauensschutz ein.

Beschluss:

Der Stadtrat spricht sich einstimmig dafür aus, den Standort Speyer für eine Außenstelle des Gesundheitsamtes zu erhalten.

Die Stadt Speyer bietet der Kreisverwaltung des Rhein-Pfalz-Kreises an, für den Erhalt der Nebenstelle in Speyer Räume in einer städtischen Liegenschaft zur Verfügung zu stellen.

II. z.d.A.

Speyer, den 07.10.2005
Stadtverwaltung

Werner Schineller

9. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 06.10.2005

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 3

Gegenstand: Familien fördern - Aufbau eines lokalen Netzwerkes
Vorlage: 0152/2005

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende verweist auf das empfehlende Votum des Jugendhilfeausschusses vom 13.09.2005 und den bereits bestehenden Runden Tisch in Speyer.

Frau Kabs unterstreicht, dass für die Förderung von Familien nicht genug Angebote bereitgestellt werden können, um die Bereitschaft zur Familiengründung zu fördern, obwohl in Speyer schon eine ganze Reihe von guten Projekten Realität sind. Sie zählt eine Reihe von Kommunen auf, in denen bereits entsprechende Netzwerke mit gutem Erfolg existieren und verweist auf die Internetseite: <http://www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de>, die eine Fülle von Informationen zum Thema bietet.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die Stadt Speyer unterstützt den Aufbau eines lokalen Netzwerkes zur Förderung von Familien.

Sie baut dabei auf den Erfahrungen des Runden Tisches „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ auf.

Eine Lenkungsgruppe unter Vorsitz des Dezernenten für Jugend und Soziales koordiniert die Arbeit aller Gruppen.

Beim Fachbereich Jugend, Familie, Senioren und Soziales wird eine Koordinationsstelle eingerichtet.

Dem Stadtrat wird jährlich Bericht erstattet.

II. In Abdruck an FB 4 - zur Kenntnis und weiteren Veranlassung

III. z.d.A.

Speyer, den 07.10.2005
Stadtverwaltung

Werner Schineller

Gegenstand: Soziale Stadt Speyer-Nord - Fortschreibung des integrierten Handlungskonzepts
Vorlage: 0175/2005

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Ableiter unterstützt für die BGS die Weiterentwicklung des Offenen Treffs in Richtung Bürgerbüro Speyer-Nord. Dies kann seines Erachtens kostenneutral erfolgen, indem man Personal aus dem Bürgerbüro Industriestraße abzieht und nach Speyer-Nord verlagert. Der Stadtteil ist größer als manche Umlandgemeinde mit eigenem Bürgerbüro, z.B. Dudenhofen. Es fehlen noch umfangreiche Dienstleistungen.

Frau Pitsch begrüßt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Fortschreibung des Handlungskonzeptes, beantragt aber Absetzung von Punkt 4 und nochmalige Verweisung in den Sozialausschuss, da doch noch Beratungsbedarf hinsichtlich der Frage der ehrenamtlichen bzw. hauptamtlichen Ausgestaltung der Aktivitäten besteht. Dies wird vom Vorsitzenden als nicht notwendig abgelehnt.

Die SPD-Fraktion begrüßt durch Herrn Feiniler das Konzept ebenfalls. Zum Thema Bürgerbüro ist das bisherige Angebot, wie die bloße Ausgabe von Müllsäcken, nicht ausreichend. Die Stadt sollte überlegen, mehr für den Stadtteil zu leisten.

Herr Wagner äußert für die CDU-Fraktion, dass die Einrichtung nicht den Titel "Bürgerbüro" trägt, aber als Bürgeranlaufstelle und "offener Treff" ein weit größeres Angebot bietet als ein klassisches Bürgerbüro. Er spricht die Sprechstunde von Polizei und Ordnungsamt sowie die Tätigkeit von Frau Schellroth als Anlaufstelle für soziale Fragen an.

Herr Dr. Winterle will für die SPD ein Missverständnis aufklären: die qualifizierten Leistungen der Fachkraft stehen nicht zur Debatte, aber das allgemeine Angebot eines Bürgerbüros kann die Anlaufstelle nicht erfüllen. Ziel ist ein vollwertiges Bürgerbüro.

Frau Pitsch wirft die Frage auf, ob dies 2007 dann eine ehrenamtliche Kraft übernehmen sollte und beharrt auf ihrem Antrag.

In der anschließenden Abstimmung findet der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit 7 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung keine Mehrheit.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig, bei 1 Enthaltung, die Fortschreibung des integrierten Handlungskonzepts mit folgenden Maßnahmen:

Maßnahmen	Erklärung/Empfehlung	Kostenschätzung
1. Jugendcafé Speyer-Nord	<ul style="list-style-type: none"> ■ Anbau an das bestehende Jugendcafé ■ Sanierung des Bolzplatzes am Jugendcafé 	ca. 50.000 Euro
2. Stadtteiltreff Nordpol	<ul style="list-style-type: none"> ■ bauliche Erweiterung des Stadtteiltreffs 70qm Fläche 	ca. 150.000 Euro
3. Fun-Park am Skater-Park	<ul style="list-style-type: none"> ■ Unterstand, Platz-Befestigung, Großflächenleuchten, Erweiterung Skaterbereich, ■ Multi-Sportanlage 	ca. 206.000 Euro
4. Fördergelder für Initiativen	<ul style="list-style-type: none"> ■ Während der letzten LOS-Förderphase (2007) soll 	ca. 20.000 Euro

zum Aufbau einer Nachhaltigkeitsstruktur	damit begonnen werden, ein Ehrenamtsbüro aufzubauen.	
5. Spaldinger Straße	■ Überquerungshilfe zwischen Alt-Siedlung und Waldsiedlung	ca. 9.000 Euro
6. Spaldinger Straße	■ Bessere Ausleuchtung des Radweges	ca. 5.000 Euro

- II. In Abdruck an FB 5-510 - zur Kenntnis und weiteren Veranlassung**
- III. In Abdruck an FB 1-130 - zur Kenntnis**
- IV. In Abdruck an FB 4 - zur Kenntnis**
- V. In Abdruck an GEWO - zur Kenntnis**
- VI. z.d.A.**

Speyer, den 07.10.2005
Stadtverwaltung

Werner Schineller

9. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 06.10.2005

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 5

Gegenstand: Soziale Stadt Speyer-Nord - Fortschreibung der Kosten- und Finanzierungsübersicht
Vorlage: 0177/2005

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der beigelegten Fortschreibung der Kosten- und Finanzierungsübersicht einstimmig zu.

- II. In Abdruck an FB 5-510 - zur Kenntnis und weiteren Veranlassung
- III. In Abdruck an FB 1-130 - zur Kenntnis
- IV. In Abdruck an FB 4 - zur Kenntnis
- V. In Abdruck an GEWO - zur Kenntnis
- VI. z.d.A.

Speyer, den 07.10.2005
Stadtverwaltung

Werner Schineller

9. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 06.10.2005

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 6

Gegenstand: Soziale Stadt; Aufnahme vorbereitender Untersuchungen für Speyer-West

Vorlage: 0174/2005

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig die Aufnahme vorbereitender Untersuchungen zur Aufnahme des Gebiets Speyer-West in das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ mit dem Ziel, ab 2008 (nach Abschluss des Soziale Stadt – Projekts Speyer-Nord) mit der Umsetzung zu beginnen.

- II. In Abdruck an FB 5-510 - zur Kenntnis und weiteren Veranlassung
- III. In Abdruck an FB 1-130 - zur Kenntnis
- IV. In Abdruck an FB 4 - zur Kenntnis
- V. In Abdruck an GEWO - zur Kenntnis
- VI. z.d.A.

Speyer, den 08.03.2007
Stadtverwaltung

Werner Schineller

**Gegenstand: Bebauungsplan Nr. 059 C "Kaserne Normand - Innenbereich", 1. vereinfachte Änderung
hier: Aufstellungsbeschluss, Beschluss zur Einleitung der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 (2) BauGB sowie der Behördenbeteiligung nach § 4 (2) BauGB
Vorlage: 0159/2005**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Der von Prof. Telian erarbeiteten Rahmenplan für die Entwicklung des Innenbereiches der Kaserne Normand ist anzunehmen.
2. Das vereinfachte Verfahren nach § 13 BauGB zur Änderung des Bebauungsplans Nr. 059 "Kaserne Normand" ist einzuleiten. Das Plangebiet wird dem beigelegten Lageplan entsprechend begrenzt. Der Bebauungsplan Nr. 59 C „Kaserne Normand – Innenbereich“, 1. vereinfachte Änderung soll den rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 059 „Kaserne Normand“ in diesem Teilbereich ersetzen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt auf Basis des Rahmenplanes einen Bebauungsplanentwurf zu erarbeiten und auf dieser Grundlage die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und die Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

- II. In Abdruck an FB 5-520 - zur Kenntnis und weiteren Veranlassung
- III. In Abdruck an FB 5-510 - zur Kenntnis
- IV. In Abdruck an FB 1-130 - zur Kenntnis
- V. In Abdruck an GEWO - zur Kenntnis
- VI. z.d.A.

**Speyer, den 08.03.2007
Stadtverwaltung**

Werner Schineller

9. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 06.10.2005

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 8

**Gegenstand: Stellungnahme der Stadt Speyer zum Planfeststellungsverfahren zur
Verlängerung der Start- und Landebahn des Verkehrslandeplatzes
Speyer
Vorlage: 0176/2005**

-

-

Werner Schineller

**Gegenstand: Stellungnahme der Stadt Speyer zum Planfeststellungsverfahren zur
Verlängerung der Start- und Landebahn des Verkehrslandeplatzes
Speyer
Vorlage: 0176/2005/1**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende verweist auf die gemeinsame Sitzung Bau- und Planungsausschuss und Umweltausschuss. Dort wurden zwei wesentliche Änderungen in den Forderungskatalog der Stadt aufgenommen, die sich in der verteilten Tischvorlage wiederfinden (Nachtflüge, Sicherheitsgutachten).

Herr Dr. Jung äußert, dass die Nachfrage der Geschäftsfliegerei nicht ausgeblendet werden sollte, um im Wettbewerb der Regionen in Europa nicht ins Hintertreffen zu geraten. Flugplätze sind wichtige Verkehrsanbindungen für eine exportorientierte Wirtschaft (Zitat aus dem Konzept der rot-grünen Bundesregierung). Nicht nur im Bund steht rot-grün zu den Verkehrslandeplätzen für den Geschäftsverkehr, sondern auch in der früheren NRW-Landesregierung. Auch die grüne Vorzeigestadt Freiburg wirbt auf ihrer Homepage mit ihrem Verkehrslandeplatz als Standortvorteil. Ohne wirtschaftlichen Erfolg haben die Kommunen keine Zukunft. Wirtschaftliches Handeln findet vor Ort statt. Firmen - auch in der Region - müssen sich mehr und mehr international positionieren, um im Wettbewerb mit den osteuropäischen Konkurrenten zu bestehen. Dessen müssen sich die einzelnen Mitglieder des Rates bewusst sein. Für die CDU-Fraktion wäre Coleman in Mannheim die bessere Alternative, dafür ist aber zeitlich keine Perspektive vorhanden. Die Sorgen der Bürger werden ernst genommen, aber man muss sich sachlich damit auseinandersetzen. Es ist nicht das Projekt der Stadt Speyer, sondern der Wirtschaft und der Landesregierung. Es handelt sich auch nicht um einen Ausbau des Flugplatzes sondern um eine Verlängerung der Landebahn zur Erhaltung des Flugplatzes unter den erhöhten Sicherheitsauflagen. Er kritisiert in diesem Zusammenhang eine Neigung zu St.-Florians-Prinzip. Der Geschäftsreiseverkehr nahm gegenüber 2003 in 2004 und 2005 zu. Die nichtgewerblichen Flugbewegungen lagen 2003 allerdings auf einem Rekordwert. Bis 2020 sind 10 % Geschäftsreiseverkehr prognostiziert. Er wirft die Frage auf, warum die CDU ein SPD-Projekt des Landes mitträgt, während sich die örtliche SPD dagegen wendet. Man wird sehen, mit welcher Verve sich die Speyerer SPD für die Wiederwahl der SPD-Landesregierung im kommenden März einsetzen wird und wie sich die örtliche SPD-Landtags-Kandidatin dann zum Flugplatz stellen wird. Die Abgabe einer Stellungnahme zum Planfeststellungsverfahren bedeutet noch nicht die Genehmigung des Vorhabens.

Herr Preuß sieht eine der wichtigsten Entscheidungen der letzten Jahre anstehen. Die Landesregierung hat sich ganz klar für den Standort Speyer als einzig mögliche Variante festgelegt. Die wünschenswerte Variante Coleman ist aufgrund eines Gutachtens zeitlich und rechtlich derzeit nicht realisierbar. Er fordert für die SWG Lärminderungsmaßnahmen durch die FSL und Strafen für Piloten, die gegen die Auflagen verstoßen. Die Eingriffe in den Auwald sind schmerzhaft aber unabwendbar. Unklar ist auch die Entwässerungssituation, bei der die FSL noch nachbessern muss. Es steht eine Entscheidung für die Zukunft der Region an. Er fordert ein Höchstmaß an Sicherheit bei einem Mindestmaß an Toleranz. Die SWG-Fraktion stimmt der Vorlage zu.

Herr Batzer zitiert für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Artikel aus der "Zeit", wonach in bundesdeutschen Kleinflugplätzen durch Ausbau unter Missachtung aller Wirtschaftlichkeitsüberlegungen eine Konkurrenzsituation ohnegleichen geschaffen wird.

Der Werksverkehr, z.B. der BASF, ist nicht betroffen, lediglich ein Jet in Speyer ist im Augenblick eine echte Maschine nach JAROPS 1. Auch Arbeitsplätze werden durch die Ausbaumaßnahmen nicht geschaffen. Die BASF sollte gefragt werden, was sie für die Region tut - Arbeitsplätze abbauen und in China neu eröffnen, wo laxer Sicherheits- und Umweltauflagen existieren. Die Entwässerungssituation ist absolut unbefriedigend. Das Thema Naturschutz und Auwald sind mit die wichtigsten Gründe für die Grünen, das Projekt abzulehnen. Der Angelhofer Altrhein ist kein adäquates Ausgleichsareal für die Kahlschläge im Süden von Speyer.

Zur Wirtschaftlichkeit und zur Verantwortung der Stadträte äußert er, dass die Stadt mit 12,5 % an der Gesellschaft beteiligt ist und die Defizite über entgangene Gewinnausschüttungen VBS/SWS auffangen muss, die im Haushalt fehlen. Der Bedarf für die Maßnahmen ist nicht nachgewiesen, deshalb ist das Planfeststellungsverfahren der falsche Weg. Dies wird auch von Gutachtern bestätigt. Zudem hält die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Ausbau für unverantwortlich, solange auf Sichtflug und nicht auf Instrumentenanflug gesetzt wird.

Herr Dr. Winterle setzt seinen Ausführungen voran, er sei nicht Stadtrat in Freiburg sondern in Speyer. Die SPD-Fraktion lehnt die Vorlage der Stadt und das Vorhaben der FSL ab. Durch den Stadtrat soll heute die uneingeschränkte Zustimmung zu der Erforderlichkeit der Maßnahme beschlossen werden. Er sieht Aufklärungsbedarf, was Auflagen für Nachtflüge mit dem Planfeststellungsverfahren zu tun haben oder welche Arbeitsplätze in Speyer denn erhalten werden sollen. Das bleiben die Unterlagen schuldig. Die meisten Mittelständler können sich keine Geschäftskontakte über Flugverbindungen leisten.

Welche Kosten hier auf die Stadt zukommen, die Rede ist von 18 Mio. €, steht noch nicht fest, obwohl Speyer nur eine Zwischenlösung sein soll, weil offenbar einhellig Coleman als die bessere Alternative betrachtet wird. Die rechtlichen Probleme sind reine Schutzbehauptungen und juristisch nicht belegbar außer der Tatsache, dass derzeit noch die Amerikaner das Gelände nutzen.

Das Bedarfsgutachten wurde von der IHK beauftragt, die das Projekt unterstützt und ist deshalb für die SPD kein Nachweis.

Sobald der Planfeststellungsbeschluss vorliegt und die Genehmigung erfolgt, sind Nachtflüge nicht mehr zu verhindern. Soll der Flugplatz wirtschaftlich ein Erfolg werden, werden diese kommen. Er spricht auch Sicherheitsaspekte an; die Havarie auf dem Naturfreundeparkplatz ist ihm noch gut in Erinnerung - auf dem Freibadgelände hätte es vermutlich Tote gegeben. Und in unmittelbarer Nähe der Einflugschneise liegt das Weltkulturerbe Dom, das einigen Piloten augenscheinlich vollkommen gleichgültig ist.

Herr Dr. Jakumeit zitiert den Slogan der FDP "Vorfahrt für Vernunft" im Wahlkampf 1972. Den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur hat die FDP der Landesregierung bis heute offen gehalten. Die Betrachtungen über die Lärmbelastungen und deren Minimierung für die Anwohner müssen in einem Gutachten behandelt werden. Dazu gehört auch die eventuelle Feinstaubbelastung durch die Triebwerke. Der Aspekt Wildschutz durch die Verlegung der K 3 wurde bislang ebenfalls nicht beachtet. Trotzdem stimmt die FDP der - geänderten - Verwaltungsvorlage zu.

Für Herrn Ableiter ist es bei einer solchen Entscheidung für die Sicherheit der Menschen und die massiven Eingriffe in die Natur schwer, Emotionen aus der Diskussion herauszuhalten. Die Osttürme des Kaiserdomes stehen in der Einflugschneise des Flugplatzes. Alle Flugzeuge sollen sich beim Anflug an die Platzrunde halten. Der Anflug der Jets über die Stadtbebauung hat aber wohl schon seine Gründe, weil es für diese Maschinen gefährlich sein kann, die Schleife der Platzrunde zu fliegen.

Die BGS-Fraktion wirft die Frage auf, wer den Bedarf eines solchen Flugplatzes feststellt, welches wirtschaftliche Interesse für Arbeitsplätze vorliegt und wer über den optimalen Standort für ein solches Projekt entscheidet. Der einzige Nutzer und Interessent ist ein Industriebetrieb, der jährlich mindestens 700 Arbeitsplätze in der Region abbaut.

Auch 7 ha Auwald sind für die BGS evidente Gründe, gegen das Projekt zu stimmen.

Sicherheitsbedenken stellen ebenfalls ein erhebliches Problem dar. Häufig kommt es bei Flugzeugen zu Kollisionen mit Vögeln in der Einfugschneise. 91 % der Abstürze finden in der Start- und Landephase statt. Bei einem Vogelschlag hätte dies über bebautem Gelände schlimme Auswirkungen. Nimmt die Zahl der Strahlflugzeuge zu, steigt auch deren statistisches Absturzrisiko. Bei einem kleinen Learjet in Nürnberg verursachte das Kerosin beim Absturz eine Flammenwand von 70 m. Wer die Maßnahme beschließt, beschließt auch dieses Risiko.

Ein Flughafen bedeutet eine erhebliche Minderung der Lebensqualität durch die Lärmbelastung.

Das rechtswidrige Zurückhalten eines IHK-Gutachtens über die Alternativen wird von der BGS kritisiert. Die BASF lehnt Coleman-Ausbau wohlweislich ab, weil die Einfugschneise über Äcker geht, die der BASF gehören und die später mit Chemieanlagen bebaut werden sollen. Nach der Seveso-Richtlinie dürften diese dann nicht überflogen werden.

Herr Doerr hat nach eigenen Angaben nur einen kleinen Beitrag zur Diskussion zu leisten: das Thema mittelständische Betriebe. Es gibt auch in Speyer Betriebe, die vom Flugplatz leben und deren Kunden auf dem Flugplatz landen. Bei seinem Arbeitgeber verkehrt ein ausländischer Kunde, der 10 % des Umsatzes ausmacht und der den Flugplatz nutzt. Solche Beispiele gibt es mehrere.

Herr Rieser fragt für die ödp, was wäre, wenn die JAROPS-Bestimmungen für Speyer hinfällig wären? Jets können auch nach dem 01.01.2005 wie eh und je landen, weil alle Maschinen, die in Speyer angesiedelt sind, in ihrem Betriebszustand die verschärften Richtlinien erfüllen. Eine Umsiedlung von betroffenen Maschinen aus anderen Bereichen ist nicht zu erwarten. Der häufig zitierte Sicherheitsaspekt trifft deshalb in der Begründung gar nicht zu, weil er von der Realität überholt wurde. Die Beschlussempfehlung der Stadt bezeichnet er als mutig, weil die Aussage lautet: ohne Sicherheitsgutachten keine Zustimmung zur Landebahnverlängerung. Die ödp wird jedoch gegen die Verwaltungsvorlage stimmen.

Herr Dr. Wilke bezeichnet die Diskussion als Ebbe und Flut zwischen sachlichen Beiträgen von Kritikern wie eben und den Redebeiträgen von Grünen und SPD. Der Stadtrat entscheidet nicht über Frankfurt und sitzt nicht in Kelsterbach. Er trifft auch keine Entscheidungen über die Genehmigung, die vom Luftamt Hahn getroffen wird. Die JAROPS ist nicht vom Himmel gefallen sondern schreibt Sicherheitszuschläge für die Start- und Landebahn bei verschiedenen Maschinen vor. Unter diesem Aspekt erklärt er, was für die Geschäftsflierei gilt, kann für den Werksverkehr nicht verkehrt sein.

Herr Walter äußert, die Republikaner halten sich aus dem Parteiendisput üblicherweise heraus, machen sich ihr eigenes Bild und stimmen entsprechend ab. Was allerdings in der Diskussion geäußert wurde, bedarf einer Erwiderung. Der Lärm von Post-LKWs ist nachts höher als die Geräuschkulisse durch den Flugplatz. Die Horrorszenarien, die hinsichtlich der Sicherheit gemalt wurden, sind nicht nachvollziehbar. Die REP stimmen dem Vorschlag zu.

Die SPD steht laut Dr. Winterle nicht für die Schließung des Flugplatzes. Die Maschinen, die den Platz nutzen, können weiter hier landen, auch ohne Ausbau. Und die SPD wendet sich auch nicht gegen die BASF.

Herr Ableiter resümiert, dass eine Vermehrung des Verkehrs und eine Erhöhung des Abfluggewichts einfach auch das Sicherheitsrisiko erhöhen. Die BGS hat als erste ein Sicherheitsgutachten gefordert, das damals abgelehnt wurde. Ihm wäre es lieber, in der nächsten Wahlperiode müsste über das Thema nicht mehr gestritten werden. Die BGS stellt den Weiterbetrieb des Flugplatzes mit Strahlflugzeugen grundsätzlich in Frage.

Herr Dr. Winterle fordert den Vorsitzenden auf, an der Abstimmung teilzunehmen, um Farbe zu bekennen. Dieser äußert, er stehe hinter der Vorlage der eigenen Verwaltung.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich mit 25 Ja-Stimmen (17 CDU, 5 SWG, 2 REP, 1 FDP) bei 18 Nein-Stimmen (10 SPD, 4 Grüne, 2 BGS, 2 ödp):

Die Stadt Speyer stimmt der zur Planfeststellung beantragten Verlängerung der Start- und Landebahn mit dazugehörigem Rollweg, sonstigen Flugbetriebsflächen und Anlagen der technischen Ausrüstung, Hochbauflächen, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sowie der Umlegung der Kreisstraße K3 und der Joachim-Becher-Straße zu, sofern die angeführten Forderungen und Hinweise berücksichtigt werden.

Zentrale Forderungen sind dabei:

- Eine Zunahme des Nachtflugbetriebs muss vermieden werden. Nachtflüge sind auf das absolut notwendige Maß zu beschränken. Das Aufkommen ist über Nachtzuschläge zu steuern.
- Die Eingriffe in den Gehölzbestand des Auwaldes müssen auch in den Folgejahren nur nach differenzierter Einzelfallprüfung auf das unabdingbare Maß beschränkt werden. Es soll ein differenziertes Monitoring-Programm festgeschrieben werden.
- Ein gesonderter Mietvertrag bezüglich der für die Flugplatzerweiterung benötigten Flächen, der sich an dem Preis des derzeit zwischen der FSL GmbH und der FSG GmbH bestehenden Mietvertrages orientiert, wird ausgefertigt.
- Die FSL GmbH wird verpflichtet, bei den Landegebühren darauf hinzuwirken, dass nicht lärmgeminderte Maschinen deutlich höhere Gebühren zu zahlen haben.
- Die Erstellung eines Sicherheitsgutachtens wird insbesondere im Hinblick auf die im Industriegebiet Speyer-Süd liegenden Unternehmen sowie auf das Kernkraftwerk Philippsburg gefordert.

Weitere Forderungen und Hinweise werden in der Beschlussvorlage genannt.

Referenzvorlage: 0176/2005

- II. In Abdruck an FB 5-520 - zur Kenntnis und weiteren Veranlassung**
- III. In Abdruck an FB 2-250 - zur Kenntnis**
- IV. In Abdruck an FSL - zur Kenntnis**
- V. In Abdruck an 060 - zur Kenntnis**
- VI. z.d.A.**

**Speyer, den 07.10.2005
Stadtverwaltung**

Werner Schineller

Gegenstand: Jahresabschluss 2004 der EBS, Verwendung des Jahresergebnisses
Vorlage: 0169/2005

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat stellt den Jahresabschluss 2004 der EBS einstimmig fest und stimmt der nachfolgend dargestellten Gewinnverwendung zu:

Bilanzsumme: 96.411.504,94 €

Jahresergebnis:
Erträge 13.759.365,14 €
Aufwendungen 13.209.870,83 €
Jahresgewinn 549.494,31 €

Die Betriebszweige im Einzelnen:

1. Betriebszweig Abfalleinrichtung

Bilanzsumme: 17.596.282,54 €

Jahresergebnis:
Erträge 4.808.613,29 €
Aufwendungen 4.564.593,75 €
Jahresgewinn 244.019,54 €

Der Jahresgewinn 2004 wird in Höhe von 244.019,54 € in die allgemeine Rücklage eingestellt.

2. Betriebszweig Abwassereinrichtung

Bilanzsumme: 82.547.228,81 €

Jahresergebnis:
Erträge 9.054.498,61 €
Aufwendungen 8.749.023,84 €
Jahresgewinn 305.474,77 €

Der Jahresgewinn 2004 wird in Höhe von 305.474,77 € in die allgemeine Rücklage eingestellt.

II. In Abdruck an EBS - zur Kenntnis und weiteren Veranlassung

III. z.d.A.

Speyer, den 07.10.2005
Stadtverwaltung

Werner Schineller

9. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 06.10.2005

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 10

**Gegenstand: Feststellung des Jahresabschlusses 2004 der
AbwasserEntsorgungsgesellschaft mbh Speyer (AES)
Vorlage: 0168/2005**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt einstimmig die Empfehlung des Aufsichtsrates zustimmend zur Kenntnis.

- II. In Abdruck an EBS - zur Kenntnis und weiteren Veranlassung
- III. In Abdruck an FB 1-130 - zur Kenntnis
- IV. z.d.A.

**Speyer, den 07.10.2005
Stadtverwaltung**

Werner Schineller

Gegenstand: Bau- und Planungsausschuss, Sozialausschuss, Sportausschuss, Sportstättenbeirat, Werkausschuss, Jugendhilfeausschuss
Vorlage: 0148/2005

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Dr. Jakumeit bittet, den Umbesetzungsvorschlag der FDP für den Sozialausschuss (Frau Ruppert) in die nächste Sitzung zurückzustellen.

Beschluss:

- Der Stadtrat wählt auf Vorschlag der ödp-FDP-Fraktionsgemeinschaft einstimmig folgende Ausschussmitglieder:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter(in):
Bau- und Planungsausschuss (8.)	neu: Hans-Peter Cußler (FDP) Asterweg 1 (bisher Stellvertreter)	neu: Dr. Ralf Herrmann (FDP) Stöberstraße 8
Sportausschuss (24.)	neu: Bernd Gauweiler (ödp) Friedrich-Profit-Straße 2 (bisher Stellvertreter)	neu: Carsten Jung (FDP) Wormser Straße 30
Sportstättenbeirat (25.)	neu: Bernd Gauweiler (ödp) Friedrich-Profit-Straße 2 (bisher Stellvertreter)	neu: Carsten Jung (FDP) Wormser Straße 30
Werkausschuss (30.)	(unverändert) Gerhard Ziaja (ödp)	neu: Eberhardt Specht (FDP) Albert-Pfeiffer-Straße 2

- Der Stadtrat nimmt weiterhin einstimmig folgende Änderung des Jugendhilfeausschusses zustimmend zur Kenntnis:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter(in):
Jugendhilfeausschuss (12.)	weitere stimmberechtigte Mitglieder - Paritätischer Wohlfahrtsverband Rheinland-Pfalz/Saar Thomas Bubel (unverändert)	weitere stimmberechtigte Mitglieder - Paritätischer Wohlfahrtsverband Rheinland-Pfalz/Saar neu: Gertrud Mühlberger-Sattel Verein K.E.K.S. e.V.

		Im Rothschild 29 67346 Speyer für: Eva-Britta Wind
--	--	--

- II. In Abdruck an FB 5-510 - zur Kenntnis und weiteren Veranlassung
- III. In Abdruck an FB 3-320 - zur Kenntnis und weiteren Veranlassung
- IV. In Abdruck an FB 4 - zur Kenntnis und weiteren Veranlassung
- V. In Abdruck an EBS - zur Kenntnis und weiteren Veranlassung
- VI. In Abdruck an FB - zur Kenntnis
- VII. z.d.A.

Speyer, den 07.10.2005
Stadtverwaltung

Werner Schineller

**Gegenstand: Gutachterausschuss für Grundstückswerte beim Vermessungs- und Katasteramt Ludwigshafen; Neubesetzung ab 01.01.2006, Vorschlagsliste der Stadt Speyer
Vorlage: 0163/2005**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende verweist auf das komplizierte Bestellungsverfahren nach der Landesverordnung und das Vorschlagsrecht der dort genannten Verbände. Bei dem Gutachterausschuss handelt es sich nicht um ein politisches Gremium der Stadt, sondern um ein Sachverständigengremium beim Vermessungs- und Katasteramt.

Beschluss:

Für die Besetzung des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in Speyer für die Amtszeit 01.01.2006 bis 31.12.2010 schlägt der Rat der Stadt Speyer mehrheitlich (bei Enthaltung der SPD-Fraktion) dem Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz in Koblenz folgende Personen vor:

1. In der Bewertung bebauter Grundstücke erfahrene Architekten und Bauingenieure:

- Dipl.-Ing. Klaus Herklotz, Hasenpühlstraße 7, Speyer
- Dipl.-Ing. (FH) Heinz Holtermanns, Windthorststraße 21, Speyer
- Dipl.-Ing. Petra Urbano, Im Oberkämmerer 10, Speyer
- Dipl.-Ing. Claus Ackermann, Draisstraße 47, Speyer
- Dipl.-Ing. (FH) Hans Rössel, Tränkgasse 6, Speyer

- Dipl. Ing. Dirk Theobald, Landauer Straße 22, Speyer

Die Architektenkammer Rheinland-Pfalz und die Kammer der Beratenden Ingenieure des Landes Rheinland-Pfalz wurden beteiligt und stimmen der Berufung zu.

2. Gutachter mit Erfahrung in der Bewertung landwirtschaftlich genutzter Grundstücke:

Von der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz wurden folgende Personen vorgeschlagen:

- Hans Rudolf Fischer, Landwirtschaftsmeister, Thomashof 1, Speyer
- Wolfgang Sohn, Landwirtschaftsmeister, Marienhof, In der Haingereut 34, Speyer

3. Gutachter mit betriebswirtschaftlichen Kenntnissen

Von der IHK Ludwigshafen wurden folgende Personen vorgeschlagen:

- Alfred Böhmer, Geschäftsführer GEWO GmbH, Landauer Straße 58, Speyer
- Dipl.-Ing. Karlheinz Erny, Architekturbüro, Herdstraße 5, Speyer

- II. In Abdruck an FB 1-110 - zur Kenntnis und weiteren Veranlassung,
anschließend z.d.A.
- III. In Abdruck an FB 1-120 - zur Kenntnis

Speyer, den 07.10.2005
Stadtverwaltung

Werner Schineller

9. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 06.10.2005

9. Sitzung des Stadtrates 06.10.2005 **Werner Schineller**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriidruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!